

Die berühmten Russlanddeutschen (Ehrenreihe) Andre Konstantinowitsch Geim

Sir Andre Konstantin Geim (geboren 21. Oktober 1958 in Sotschi, Russland) ist ein Physiker russlanddeutscher Herkunft. Er besitzt die niederländische und britische Staatsbürgerschaft. Im Jahre 2010 wurde ihm zusammen mit Konstantin Novoselov für seine Forschungen an Graphen der Nobelpreis für Physik zuerkannt. Eine weitere seiner bemerkenswerten Entdeckungen ist die Entwicklung eines biomimetischen Adhäsivs, welches später in der englischen Fachpresse unter dem Namen gecko tape bekannt wurde. Ebenso bekannt sind seine Experimente mit Hilfe von diamagnetischer Schwebetechnik, die den sogenannten „schwebenden Frosch“ hervorbrachten. Für den „schwebenden Frosch“ erhielt er den Ig-Nobelpreis des Jahres 2000 im Fach Physik. Damit ist er die einzige Person, die zugleich Nobel- und Ig-Nobelpreisträger ist. Geims Eltern – Konstantin Alexejwitsch Geim (1910–1998) und Nina Nikolajewna Bayer (* 1927) – waren beide Ingenieure. Alle Vorfahren gehörten bis auf eine jüdische Urgroßmutter der russlanddeutschen Minderheit an. Geims Großvater Nikolai Bayer war Professor für Kartographie an der Universität Charkiw in der Ukraine gewesen und hatte dort kurzzeitig ein politisches Amt in der kurzlebigen Ukrainische Volksrepublik nach dem Ersten Weltkrieg unter Petljura innegehabt. Der Vater war bis zum Zeitpunkt des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion 1941 Lehrer für Mathematik und Physik an der Universität Saratow. Wegen ihrer politischen „Vergehen“ und ihrer ethnischen Herkunft verbrachten sowohl Vater als auch Großvater viele Jahre als Zwangsarbeiter im sibirischen Gulag.

Andre Geim wuchs die ersten sechs Jahre in Sotschi auf und zog mit seinen Eltern dann in das nahegelegene Naltschik am Fuß des Kaukasusgebirges, wo er die Schule besuchte. Insbesondere der Mathematikunterricht an der dortigen Schule habe einen extrem hohen Standard gehabt. Nach dem Schulabschluss im Alter von sechzehn Jahren mit sehr gutem Abschlusszeugnis bewarb sich Geim um die Aufnahme in die Nationale Forschungsuniversität für Physik und Ingenieurwissenschaften in Moskau (MIFI). Obwohl er die Prüfungsthemen der Aufnahmeprüfung nach eigenem

Empfinden gut löste, bestand er die Prüfung nicht. Auch hatte er das Gefühl, viel schwierigere Prüfungsfragen erhalten zu haben als bisher üblich waren. Nach einem Jahr intensiver Vorbereitung, in dem er bezüglich des mathematischen Könnens alle seine Lehrer überflügelte, trat Geim zur Wiederholungsprüfung am MIFI an. Bei der schriftlichen Prüfung fiel ihm auf, dass alle Prüflinge in seinem Raum entweder jüdisch klingende oder andere nicht-russische Namen hatten, während andere Prüfungsgruppen nur aus Russen bestanden. Geim und alle seine Mitkandidaten aus demselben Raum bestanden die Prüfung nicht, obwohl Geim nach eigenem Empfinden die gestellten Aufgaben gut lösen konnte. Enttäuscht von dieser ethnischen Diskriminierung (die ethnische Zugehörigkeit war zu Sowjetzeiten im Personalausweis und allen offiziellen Dokumenten vermerkt) bewarb er sich am Moskauer Institut für Physik und Technologie und musste sich dort einer erneuten Aufnahmeprüfung unterziehen. Im Prüfungsgespräch wurde er gefragt, ob er Deutsch spräche, was er verneinte, worauf die Bemerkung „Dann ist er kein richtiger Deutscher!“ fiel und er die Aufnahmeprüfung letztlich bestand. Während seiner späteren akademischen Ausbildung sah sich Geim wiederholt ethnischer Diskriminierung ausgesetzt und wurde als „Faschist“ bzw. „verdammter Jude“ beschimpft. Er sei erst im Alter von 32 Jahren zum ersten Mal als „Russe“ bezeichnet worden. Anlässlich der Nobelpreisverleihung 2010 wurde Geim gefragt, welcher Nationalität er sich zugehörig fühle (Russe-Brite-Deutscher-Niederländer-Jude). Er bezeichnete sich dabei als „Europäer“.

Ab 1976 studierte er am Moskauer Institut für Physik und Technologie und schloss sein Studium 1982 ab. 1987 graduierte er zum Kandidaten der Wissenschaften am Institut für Festkörperphysik der Russischen Akademie der Wissenschaften in Tschernogolowka. Danach arbeitete er zunächst als Post-Doktorand bei V. T. Petrashov am Institut für Probleme der Mikroelektronik Technologie (IPTM) in Tschernogolowka. Nach der Auflösung



der staatlichen Strukturen der Sowjetunion wechselte er 1990 an die University of Nottingham. Weitere Postdoc-Stationen waren die University of Bath, kurzzeitig Kopenhagen und erneut Nottingham, bevor er 1994 zur Radboud-Universität Nijmegen wechselte. Berufungen zum Professor an die Universitäten Nijmegen und Eindhoven lehnte Geim ab, da er das niederländische Universitätssystem „too hierarchical and full of petty politicking“ fand. Geim kehrte nach Großbritannien zurück und nahm 2001 einen Ruf der Universität Manchester an. Derzeit ist er Direktor des Manchester Centre for Mesoscience and Nanotechnology and chair of condensed matter physics. Er hält ebenfalls den Titel des Langworthy Research Professor, einen Titel, den früher u. a. Ernest Rutherford, Lawrence Bragg und Patrick Blackett innehatten.

2004 gelang es Andre Geim, die ersten zweidimensionalen Kristalle aus Kohlenstoffatomen herzustellen (Graphene). Für diese Entdeckung wurde Geim im April 2009 mit dem mit 750.000 Euro dotierten Körber-Preis ausgezeichnet. Am 5. Oktober 2010 erhielt Geim zusammen mit Konstantin Novoselov den Nobelpreis für Physik „für grundlegende Experimente mit dem zweidimensionalen Material Graphen“ zugesprochen.

Geim ist Autor von mehr als 200 wissenschaftlichen Artikeln in peer-reviewed Zeitschriften, darunter 18 in den Zeitschriften Nature und Science (Stand 2011). Annähernd 50 seiner Publikationen wurden mehr als 100 mal zitiert, 10 davon mehr als 1000 mal und eine mehr als 10.000 mal.

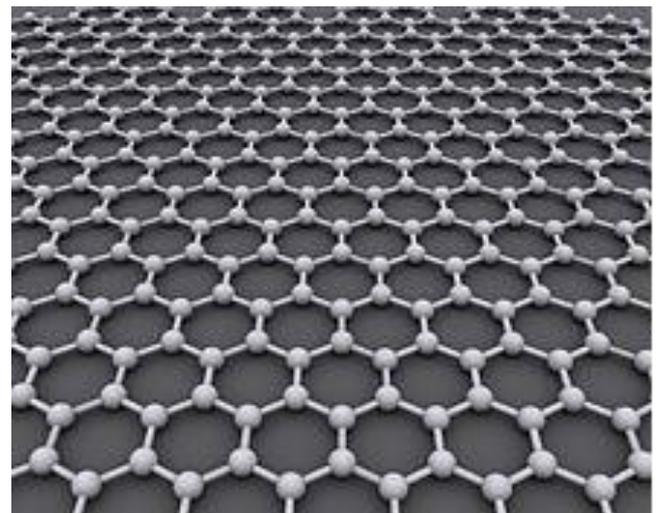
(Quelle: Wikipedia)

Auszeichnungen

- 2000 Ig-Nobelpreis mit Michael Berry
- 2007 Mott Medal
- 2007 Mitglied der Royal Society
- 2008 EuroPhysics Prize zusammen mit Konstantin Novoselov
- 2009 Körber-Preis
- 2010 Nobelpreis für Physik zusammen mit Konstantin Novoselov
- 2010: Kommandeur im Orden vom Niederländischen Löwen
- 2012: Ritterschlag als Knight Bachelor im Rahmen der New Year Honours durch Königin Elisabeth II.; er wurde damit in den Adelsstand erhoben.
- 2012: Aufnahme in die National Academy of Sciences
- 2013: Copley Medal der Royal Society



Für den in einem Magnetfeld „schwebenden Frosch“ erhielt Geim den Ig-Nobelpreis



Modellhafte Struktur des von Geim isolierten zweidimensionalen Graphens



17. Juli 2014

Sondersitzung in Brüssel

Europäischer Rat:

Weitere Sanktionen gegen Russland

Mit Blick auf die Lage in der Ukraine haben die Staats- und Regierungschefs erstmalig Sanktionen gegen russische Unternehmen beschlossen. Personalentscheidungen wurden auf einen Sondergipfel am 30. August vertagt.

Start: 16. Juli 2014

Ende: 16. Juli 2014

Land: Belgien

Stadt: Brüssel



Die
Bundesregierung



Drei Themen bestimmen den Gipfel: die Lage in der Ukraine und in Nahost sowie Personalentscheidungen.

Foto: Bundesregierung/Denzel

Für Bundeskanzlerin Angela Merkel standen bei der außerordentlichen Tagung des Europäischen Rates drei Themen im Mittelpunkt:

- Sanktionen gegen Russland,
- die Durchsetzung einer Waffenruhe im Nahen Osten sowie
- Personalentscheidungen an der Spitze der EU.

Die Europäische Union habe sich in den vergangenen Wochen mehrfach um eine Lösung des Konflikts in der Ostukraine bemüht. "Wir sahen uns aber heute auch mit Blick auf die Beschlüsse, die wir das letzte Mal gefasst haben, genötigt zu sagen: Die Erwartungen, die der ukrainische Präsident an einen einseitigen Waffenstillstand gerichtet hat, sind in keiner Weise erfüllt worden."

EU beschränkt finanzielle Unterstützung für Russland

Die Sanktionen gegen Russland werden auf Unternehmen ausgeweitet, wenn diese die Souveränität, die territoriale Integrität und die Unabhängigkeit der Ukraine bedrohen oder unterlaufen.

Die Bundeskanzlerin teilte weiter mit, dass die EU ihre finanzielle Unterstützung für Russland beschränken werde, wenn es um die Fragen der europäischen Nachbarschaftspolitik gehe. Der dritte Bereich betrifft die Förderung von Projekten in Russland durch die Förderbanken Europäische Investitionsbank und die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung. "Wir haben gebeten, dass keine neuen Projekte für Russland zu finanzieren sind", so Merkel.

Lage im Nahen Osten beruhigen

Der Europäische Rat hat sich außerdem mit der Situation im Nahen Osten beschäftigt. "Wir haben noch einmal betont, dass Israel das Recht hat, sich natürlich unter Wahrung der Verhältnismäßigkeit zu verteidigen, seine eigenen Interessen zu verteidigen", so Merkel. Wichtig sei jetzt eine Waffenruhe. In diesem Zusammenhang begrüßten die Staats- und Regierungschefs die ägyptische Initiative.

Keine Einigung über Spitzenämter

Über die anstehenden Personalien an der Spitze der EU habe es eine wichtige Diskussion gegeben, sagte die Kanzlerin. Sie zitierte den Präsidenten des Europäischen Rates Herman Van Rompuy: Er hatte in Brüssel darauf hingewiesen, dass beim Mehrjährigen Finanzrahmen für 2014 bis 2020 auch zwei Anläufe nötig waren - eine erste Diskussion im November 2012 und eine zweite Anfang 2013. "So ähnlich wird es jetzt wieder sein. Ich bin fest davon überzeugt, dass wir dann auch zu Entscheidungen kommen werden", so Merkel.

Auf einem weiteren Sondergipfel am 30. August wird erneut über das Personalpaket beraten. Für Merkel ist es völlig klar, "dass die Zusammensetzung der Kommission mit Ausnahme der Benennung des beziehungsweise der Hohen Beauftragten eine Aufgabe des Kommissionspräsidenten ist, dass aber trotzdem natürlich für die einzelnen Mitgliedstaaten die verschiedenen Fragestellungen in gewisser Weise zusammenhängen."

Bei den Personalentscheidungen geht es vor allem um die Nachfolge des Präsidenten des Europäischen Rates und der Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik.

Außerdem sind die Mitgliedstaaten aufgefordert, bis Ende Juli Vorschläge für ihre nationalen EU-Kommissare zu machen. Die Bundesregierung hat den bisherigen Energie-Kommissar Günther Oettinger für eine zweite Amtszeit benannt.

Vorhaben Junckers gebilligt

Der neue Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker nutzte sein erstes Gespräch mit den europäischen Staats- und Regierungschefs, um seine Leitlinien für die nächste Europäische Kommission zu erläutern. Diese wurden zustimmend zur Kenntnis genommen, "weil sie weitgehend auf unseren Grundsätzen aufbauen", so Merkel.

Die Staats- und Regierungschefs hatten sich auf ihrem letzten Gipfeltreffen am 26. und 27. Juni auf eine Strategische Agenda für die kommenden fünf Jahre verständigt.

Freitag, 25. Juli 2014

EU-Außenministerrat

Ukraine-Krise: EU handelt entschlossen

Die Bundesregierung unterstützt nachdrücklich die Beschlüsse des EU-Außenministerrats vom 22. Juli. Diese sehen ein "substanzielles Sanktionspaket" vor, sofern Russland nicht unmittelbar und vollständig den Forderungen nach Kooperation nachkommt. Die Detailberatungen der 28 EU-Botschafter in Brüssel dauern an.

Am Donnerstag beschloss der Ausschuss der Ständigen Vertreter der EU-Mitgliedsstaaten (ASTV) eine Ausweitung der Sanktionen. Weitere 15 Russen und Ukrainer sowie erstmals neun Unternehmen und neun Institutionen werden neu auf die Sanktionsliste gesetzt.

Sanktionen wirken schon jetzt

Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier verteidigte diese Instrumente gegen Kritik. Werfe man einen Blick auf die nüchternen Zahlen, sei erkennbar, "dass noch bevor Sanktionen ausgesprochen worden sind gegenüber Russland, Russland rund 100 Milliarden Dollar verloren hat. Warum? Weil unsichere Investitionsbedingungen im Lande herrschen."

Deshalb fänden - so Steinmeier weiter - Investments vom Westen augenblicklich nicht statt. Vielmehr halte die Kapitalflucht aus Russland an. "Sprich: Oligarchen bringen ihr Geld außer Lande - will sagen: Das sind alles Wirkungen einer Politik, die wir verantwortet haben. Und ich sehe darin keine Schwäche", so die Überzeugung des Bundesaußenministers.

Mit Blick auf die weitere Vorgehensweise betonte Steinmeier den Vorrang der Diplomatie. Wenn man das Mittel der militärischen Gegenwehr aus dem "Instrumentenkasten" ausschließe, "dann sind es eben politische und diplomatische Mittel, und die sollten wir nicht diskreditieren." Das sei "ein wertvolles Gut, mit dem wir auch operieren können", betonte der Minister.

Moskau bleibt in der Pflicht

Der stellvertretende Regierungssprecher Georg Streiter kritisierte am 23. Juli, trotz einiger Fortschritte sehe die Bundesregierung "noch immer keine vollständige Kooperation der Separatisten" mit Blick auf die Bergung aller Opfer des Flugzeugabsturzes in der Ostukraine. Das gelte auch für die umfassende Aufklärung des Unglücks, den ungehinderten Zugang für internationale Experten zur Absturzstelle und die Sicherung von Wrack und aufgefundenem Hab und Gut der Opfer, betonte Streiter.

"Auch die letzten Äußerungen, die wir aus Moskau hören, lassen nicht auf ein Interesse des Kremls an einer umfassenden Aufklärung schließen", beklagte der Regierungssprecher. Sie ließen auch nicht auf die Bereitschaft schließen, "in erforderlichem Maße auf die bewaffneten pro-russischen Gruppen einzuwirken", die zum Teil unter der Führung langjähriger Mitarbeiter russischer Geheimdienste stünden.

Laut Streiter halten die Berichte über den Zustrom von russischen Waffen in die Ostukraine über die von Separatisten kontrollierten Grenzabschnitte nach wie vor an. "Auch hier steht Moskau weiter in der Pflicht, dies zu unterbinden", so Streiter.

Merkel: Sondertreffen möglich

Die Bundeskanzlerin unterstütze deshalb nachdrücklich die Beschlüsse des Treffens der EU-Außenminister vom Vortag, sagte der stellvertretende Regierungssprecher. In den Schlussfolgerungen des Rates ist vorgesehen:

Wenn Russland nicht unmittelbar und vollständig in den bekannten Punkten kooperiert, die sowohl die Gesamtentwicklung in der Ostukraine als auch die konkrete Aufarbeitung des Flugzeugabsturzes betreffen, wird gemäß den vorherigen Weichenstellungen des Europäischen Rates "ein substanzielles Sanktionspaket" zur Anwendung kommen.

Streiter erläuterte, die Kommission und der Europäische Auswärtige Dienst seien in diesem Zusammenhang gebeten worden, "Vorschläge zur Beschränkung des Kapitalmarktzugangs und in den Bereichen Rüstungsgüter, Dual-use-Güter und sensitive Technologien - also auch im Energiesektor - vorzulegen."

Die Bundeskanzlerin halte "rasche Beschlüsse" hierzu für notwendig, stellte der Sprecher klar. Merkel "unterstützt nachdrücklich die Bemühungen der Außenminister, dazu eine Einigung zu erzielen." Auch stünde der Europäische Rat, wie bereits in der vergangenen Woche bekräftigt, "erforderlichenfalls für ein Sondertreffen bereit."

Beschleunigung der Sanktionsbeschlüsse

Auch die Umsetzung der Beschlüsse des Europäischen Rates vom vergangenen Mittwoch werde beschleunigt, bekräftigte Streiter. Hierbei gehe es darum, "restriktive Maßnahmen - also Sanktionen - auch direkt auf Unternehmen auszuweiten." Künftig sollten auch solche Personen mit Sanktionen belegt werden können, die russische Entscheidungsträger unterstützen, die für die Annexion der Krim oder die Destabilisierung der Krim Verantwortung tragen.

Streiter ergänzte: "Auch sollen künftig Personen mit Sanktionen belegt werden können, die durch solche Entscheidungsträger begünstigt werden." Noch vor Ende Juli würden weitere Beschlüsse zur Einschränkung von Investitionen und Handel mit der Krim ergehen.

Waffenstillstand bleibt oberstes Ziel

Zentrales Ziel mit Blick auf die Ukraine bleibe es laut Streiter, einen beiderseitigen Waffenstillstand zu vereinbaren. Zu diesem Zweck versucht die Kontaktgruppe bestehend aus Vertretern der OSZE, Russlands und der Ukraine ein Treffen mit den Separatisten zustande zu bringen. Es habe bereits mehrere Gespräche per Videokonferenz gegeben, so der Sprecher.

"Im Ergebnis geht es darum, den Friedensplan von Präsident Poroschenko umzusetzen, damit die Ukraine als stabile und friedliche Demokratie in voller Souveränität ihre eigenen Entscheidungen treffen kann", forderte Streiter.

IMPRESSUM

ZEITUNG "ORENBURGER ALLGEMEINE". Reg. Nr. E-0145 „Mitglied im IMH-Netzwerk deutschsprachiger Auslandsmedien (www.deutschsprachig.de)“

Chefredakteur: Andrej Tichomirow. Redaktion: Leonid Reisich.

E-Mail: orenburgerallgemeine@narod.ru Website: <http://gazetavseti.narod.ru/orenburgerallgemeine.htm>

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Textnachdruck nur gegen Copyright-Vermerk: Zeitung "Orenburger Allgemeine".